

Podium

Eine Auswahl aus dem Veranstaltungsprogramm



Qualität und Qualitätssicherung in der wissenschaftlichen Politikberatung

Was ist gute wissenschaftliche Politikberatung und wie lässt sich hohe Qualität in diesem Bereich sicherstellen? Für das IAB sind diese Fragen von höchster Relevanz. Allerdings sind sie äußerst schwer zu beantworten, denn einfache Messkriterien lassen sich ebenso wenig entwickeln wie leicht handhabbare Formeln.

Im Zuge eines Projekts veranstalteten die Stabsstelle Forschungscoordination und das Wissenschaftsmanagement des IAB am 15. und 16. Oktober 2010 in Nürnberg einen zweitägigen Workshop, um sich mit anderen Arbeitsmarktforschern zur Qualität und Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Politikberatung auszutauschen. Unter den Teilnehmern waren Dr. Helmut Schröder (infas), Prof. Volker Hielscher (SRH Hochschule Heidelberg), PD Dr. Bernhard Boockmann (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung), Dr. Alexander Herzog-Stein (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Insti-

tut der Hans-Böckler-Stiftung), Dr. Michael Fertig (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik) und der Politikberater Dr. Bruno Kaltenborn.

In den Diskussionen wurde deutlich, wie vielfältig wissenschaftliche Politikberatung ist. Für kleine, privat finanzierte Forschungsinstitute gelten andere Maßstäbe und Möglichkeiten als für größere, öffentlich getragene Einrichtungen. Alle Workshopteilnehmer haben jedoch das Ziel, die Qualitätssicherung der Beratung systematischer als bisher in den Blick zu nehmen. Maßnahmen zur Qualitätssicherung gibt es bereits. Verbessern und weiterentwickeln kann man sie aber nur, wenn die jeweiligen Prozesse transparent sind.

Es zeigte sich, dass Bewertungen durch andere Wissenschaftler und die (mediale) Öffentlichkeit ein wichtiger Maßstab sind. Einigkeit bestand darin, dass die Veröffentlichung von Beratungsinhalten unbedingt anzustreben sei, um so die Überprüfung

durch andere und Anstöße von außen zu ermöglichen. Konsens war auch, dass klare Vorstellungen über gute wissenschaftliche Politikberatung innerhalb einer Organisation im Sinne einer Qualitätssicherung wirken können. Das IAB entwickelt derzeit entsprechende Leitlinien.

Die Veranstaltung war weit mehr als nur ein erster Gedankenaustausch. Es zeigte sich, dass wissenschaftliche Einrichtungen trotz unterschiedlicher Beschaffenheit voneinander lernen können.



Politikberater Dr. Bruno Kaltenborn



Dr. Alexander Herzog-Stein vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung



Dr. Susanne Koch, Leiterin der Stabsstelle Forschungscoordination am IAB, und Dr. Michael Fertig vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik

Arbeitsmarktchancen für Geisteswissenschaftler

Sind Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler ein „Auslaufmodell“? Welche Arbeitsfelder und Berufsbilder prägen deren Berufsfeld, welche Potenziale und Entwicklungschancen bietet es? Antworten auf diese und andere Fragen geben Dr. Maria Kräuter, Dr. Willi Oberlander und Dr. Frank Wießner in ihrem Buch „Arbeitsmarktchancen für Geisteswissenschaftler“. Am 15. Oktober 2009 präsentierten die Autoren ihre umfassende wissenschaftliche Analyse auf der Frankfurter Buchmesse.

Im „Forum Bildung“ stellten sich die drei Wissenschaftler zudem den Fragen von Moderator Christoph Titz von „Spiegel online“. Der Band aus der Reihe „IAB-Bibliothek“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung „schlägt eine Brücke zwischen Arbeitsmarkt- und Absolventenforschung und der Beratung, die Absolventen der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften brauchen, wenn sie nach ihrem Studium auf eigenen Unternehmerbeinen stehen wollen“, so Titz. Das Buch fasst alle bisher relevanten Studien zum Thema „Berufseinstieg von Geisteswissenschaftlern“ zusammen und liefert einen bislang fehlenden Überblick. Es schließt mit einem umfangreichen Teil zum Thema „Existenzgründung“, der aktuelle Antworten auf die wichtigsten Fragen gibt: von der Wahl der Gesellschaftsform bis hin zu einfachen Formeln, mit denen sich der erforderliche Umsatz

errechnen lässt, damit man nach allen Abzügen sein Auskommen hat.

Geisteswissenschaftler sind in der großen Mehrheit Leute, die ein Neigungsstudium absolvieren – mit dem Risiko, keinen Arbeitsplatz zu finden: „Viele der Studierenden informieren sich sehr gut über die Inhalte des Studiums, aber seltener über die Arbeitsmarktlage. Es geht sehr viel um persönliche Entfaltung und nicht darum, Reichtümer zu erwerben“, erklärte IAB-Forscher Dr. Frank Wießner. „Etwa 50 Prozent der Absolventen bleiben dem Fach im Beruf treu. Die andere Hälfte wird fachfremd berufstätig, etwa im Medienbereich“, erläuterte Dr. Willi Oberlander. Die Studienstruktur bringe Abschlüsse hervor, „die zum Teil nicht arbeitsmarktkompatibel sind“, sagte der Geschäftsführer des Instituts für Freie Berufe an der Universität Erlangen-Nürnberg mit Blick auf die Auswirkungen des Bologna-Prozesses. „Es gibt immer wieder eine erhebliche Diskrepanz zwischen Ausbildung und Beruf und keine typischen Berufsverläufe. Oft werden persönliche Chancen gesucht“, nannte er als ein Stichwort die Weiterbildung.

„Freie Mitarbeit, projektbezogene Arbeiten und befristete Tätigkeiten kommen beim Übergang vom Studium in die Berufswelt sehr häufig vor“, ergänzte Dr. Maria Kräuter. „Die Selbstständigkeit hat gerade bei den Geisteswissenschaftlern eine hohe Relevanz“, erklärte die Unternehmensberaterin und Trainerin mit dem Schwerpunkt Krea-

tivwirtschaft. Diese „improvisierte Karriere“, so Wießner, schlägt sich in Zahlen nieder: „Geisteswissenschaftler verdienen weniger als andere Akademiker.“ Zudem ist die Teilzeitquote höher. Das sei nicht (nur) freiwillig, sondern auch Ausdruck einer gewissen Nachfrageschwäche am Arbeitsmarkt.

Dabei verfügen Geisteswissenschaftler über viele besondere Fähigkeiten: Sie haben ein sehr hohes Fach- und Methodenwissen, eine hohe Recherchekompetenz, eine hohe Frustrationstoleranz und können sich sehr rasch in ein fremdes Gebiet einarbeiten. „Geisteswissenschaftler müssen sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden und diese so kommunizieren, dass die Anwendbarkeit für den Arbeitsmarkt deutlich wird“, erklärte Kräuter. Oberlander gab allen angehenden Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftlern noch einen guten Rat mit auf den Weg: „Das Wichtigste, wenn Sie Ihr Leben planen, ist die Zielbildung. Sie sollten wissen, wo die Reise hingeht und wo die Risiken bestehen. Dabei sollten Sie sich gut beraten lassen.“



Weitere Informationen und Videocasts von der Veranstaltung finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2009/frankfurter_buchmesse.aspx

Lesen Sie hierzu auch den Beitrag „Berufliche Mobilität von Geisteswissenschaftlern. Völkerwanderung“ auf Seite 70 in diesem Heft.

20 Jahre Arbeitsmarkt Ostdeutschland – Erfahrungen und Perspektiven

Der Fall der Berliner Mauer hatte schnell und nachhaltig dramatische Auswirkungen auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt. 20 Jahre nach diesem Ereignis beschäftigte sich der sechste gemeinsame Workshop des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und des IAB mit der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie der Arbeitsmarktpolitik in den Neuen Bundesländern seit 1989.

Prof. Karl-Heinz Paqué von der Universität Magdeburg zeigte bei der Veranstaltung, die am 29. und 30. Oktober 2009 in Halle stattfand, die großen Entwicklungslinien auf. Er überraschte die gut 50 Teilnehmer zunächst damit, dass sein Rückblick nicht im Jahr 1989, sondern 1949 begann. Die Nachkriegszeit war nach Paqués Analyse

eine Phase, die sich durch außergewöhnlich günstige Bedingungen für den Aufbau von Beschäftigung auszeichnete. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts ging diese Ära zu Ende, ohne jedoch zeitnah in Politik und Gesellschaft zu einem Umdenken und wirtschaftspolitischen Konsequenzen zu führen. Erst die Wiedervereinigung habe die Ursachen und Wirkungen der Krise des deutschen Arbeitsmarktes sichtbar gemacht. Inzwischen sei das Problembewusstsein vorhanden und einige notwendige Reformschritte seien erfolgt. Weitere sollten sich anschließen. Die Arbeitsmarktpolitik müsse aber auch durch eine konsequente Wachstumspolitik und durch die Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik flankiert werden.

In mehreren Beiträgen wurden die regionalen Unterschiede innerhalb Ostdeutsch-

lands aufgegriffen. Prof. Uwe Blien (Universität Bamberg und IAB) zeigte, wie persistent die regionalen Arbeitsmarktdifferenzen sind und stellte einen Erklärungsansatz für dieses Phänomen vor. Die von Markus Pape (Universität Kiel) vorgestellten statistischen Analysen legen nahe, dass sich der ostdeutsche Arbeitsmarkt – gemessen durch die Arbeitslosigkeit – zunächst fundamental von seinem westlichen Pendant unterschied. Dieser Unterschied scheint jedoch mit der Zeit geringer zu werden, was wiederum möglicherweise daran liegt, dass die regionalen Unterschiede innerhalb des Ostens zunehmen.

In einem stärker politikorientierten Teil des Workshops diskutierten Prof. Udo Ludwig (IWH) und Dr. Johann Fuchs (IAB) die Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitsangebot und Qualifikationsstruktur. Die Aussichten für den Osten Deutschlands erschienen dabei alarmierend. Einige waren sich die Teilnehmer darin, dass auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer der Aufbau Ost noch nicht abgeschlossen ist und dass weitere Anstrengungen notwendig sind. Allerdings sollte zukünftig die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsräume stärker berücksichtigt werden. Der Osten habe seine Erfolgsgeschichten, wie der Westen seine „strukturell schwachen“ Gebiete.



Prof. Karl-Heinz Paqué von der Universität Magdeburg zeigte die großen Entwicklungslinien auf



Prof. Uwe Blien (IAB) nahm die regionalen Arbeitsmarktdifferenzen innerhalb Ostdeutschlands in den Blick

Education in Adulthood and the Labour Market

Dass die Bedeutung von Bildungsaktivitäten im Erwachsenenalter gestiegen ist, ist mittlerweile unumstritten. Die theoretische und empirische Forschung zum veränderten Stellenwert von Erwachsenenbildung und zu ihrer

Bedeutung für Erwerbskarrieren steht dennoch erst am Anfang.

Dieses – sehr verkürzte – Fazit zum Forschungsstand war der Auslöser für das IAB, am 6. und 7. November 2009 einen internationalen wissenschaftlichen Workshop zum

Thema „Education in Adulthood and the Labour Market“ auszurichten. Ziel war es, aktuelle internationale Forschung zu Bildung im Erwachsenenalter und ihren Bezügen zum Arbeitsmarkt aus soziologischer und ökonomischer Perspektive zu präsentieren und ge-

meinsam zu diskutieren. Die Themen spannten sich von der Frage, wie Weiterbildung definiert und erfasst ist, über Untersuchungen zur Weiterbildungsbeteiligung und deren Determinanten bis hin zu Wirkungsanalysen mit verschiedenen Zieldimensionen.

Mit Prof. Rolf Becker von der Universität Bern (Schweiz) und Prof. Peter Fredriksson vom Institute for Labour Market Policy Evaluation in Uppsala (Schweden) wurden führende Experten als Keynote-Speaker gewonnen. Rolf Becker präsentierte aktuelle Ergebnisse soziologischer Forschung zu beruflicher Weiterbildung und entwickelte zunächst ein allgemeines heuristisches Handlungsmodell zur Erklärung der Beteiligungsrate und der Selektivität der Weiterbildungsbeteiligung. Becker machte zudem unter anderem deutlich, dass Weiterbildung zu positiven Lohneffekten führt.

Peter Fredriksson zeigte, dass zwei Reformen des schwedischen Bildungssystems die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt haben. Hintergrund war, dass junge Menschen durch die Vermittlung generalisierter Kenntnisse und Fähigkeiten gegenüber spezi-

alisierter Ausbildung besser vor Arbeitslosigkeit geschützt, die Selektivität nach sozialer Schichtzugehörigkeit in der höheren Bildung verringert und Übergänge von beruflicher Bildung in die Universitäten erhöht werden sollten. Entgegen den angestrebten Zielen wurden durch die Reformen jedoch besonders für benachteiligte Bildungsgruppen eher größere Hürden aufgebaut. Zudem waren die Kenntnisse, Fähigkeiten und Einkommen bei der Kohorte, die von den neuen Regelungen betroffen war, geringer als bei älteren Kohorten. Fredriksson folgerte daraus, dass allgemeine Bildung so früh wie möglich gefördert werden muss. Außerdem sei für bildungsferne Gruppen eine spezialisierte berufliche Ausbildung ein besserer, weil zielführender Weg in den Arbeitsmarkt als eine allgemeine schulische Ausbildung.

Wie definiert und misst man Weiterbildung? Dies war die erste Frage, der auf dem Workshop in den Vorträgen nachgegangen wurde. Nicht jeder, der das Wort Weiterbildung benutzt, meint auch das Gleiche. Der Aufteilung von Volkshochschulkursen in allgemeine und berufliche Bildung und ei-

ner möglichen Unterschätzung des Anteils an Veranstaltungen mit beruflicher Bildung ging Dr. Elisabeth Reichart (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung) nach. Sie zeigte auf, welchen Einfluss solche Definitionen auf statistische Auswertungen haben. Bernhard von Rosenblatt (TNS Infratest Sozialforschung) und Sadiq-Kwesi Boateng von Eurostat (Luxemburg) stellten die neue EU-weite Erhebung zur Erfassung von Weiterbildung vor, den „Adult Education Survey“. Die IAB-Wissenschaftlerinnen Martina Huber und Alexandra Schmucker präsentierten das Projekt WeLL (Berufliche Weiterbildung als Bestandteil Lebenslangen Lernens). Darin wurde ein komplexer Mehrebenen Datensatz generiert, der sowohl Weiterbildungsinformationen von Arbeitgebern als auch von deren Arbeitnehmern enthält, und der aus Befragungsdaten und prozessproduzierten Daten zusammengestellt ist.

Ein zweiter Schwerpunkt beschäftigte sich mit Zugangsbarrieren zu Bildung im Erwachsenenalter. Hier wurde gezeigt, dass die soziale Herkunft vor allem bei längeren Bildungsaktivitäten im jüngeren Alter noch



Keynote Speaker Prof. Rolf Becker (Universität Bern) sprach über die Lohneffekte von Weiterbildung



Sadiq-Kwesi Boateng (Eurostat Luxemburg) und Bernhard von Rosenblatt (TNS Infratest Sozialforschung) stellten den „Adult Education Survey“ vor. (v.l.n.r.)

immer eine Rolle spielt. Manfred Antoni (IAB) wandte die Frage nach der Bedeutung der sozialen Herkunft auf die Weiterbildungsbeteiligung im engeren Sinn an. Anhand von neuen Befragungsdaten aus dem IAB zeigte er, dass der Bildungsgrad der Eltern und ihre Arbeitsmarktbeteiligung in der Jugend einen schwachen, aber signifikanten Einfluss auf die Weiterbildungsbeteiligung im jungen Erwachsenenalter ausüben. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung an betrieblicher Weiterbildung. Mit steigendem Alter lassen diese Effekte jedoch nach. Die bisherige Bildungslaufbahn beeinflusst zudem Vorgesetzte bei der Entscheidung, welchen Mitarbeitern sie betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen zukommen lassen. Daneben sind auch die Selbstwahrnehmung der Mitarbeiter und Altersstereotypen für die Handlungsstrategien von Vorgesetzten bedeutsam.

Am zweiten Tag lag der Schwerpunkt auf der Analyse von Wirkungen und Erträgen von Weiterbildung.

Auch wenn Lohnsteigerungen nur zum Teil nachgewiesen werden konnten und ins-

gesamt wohl eher gering ausfallen, scheinen Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt, wie zum Beispiel Geringqualifizierte, davon mehrheitlich zu profitieren.

Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft nehmen besonders selten an Bildungsaktivitäten teil, obwohl sie theoretisch am meisten Bedarf hätten, sich weiterzubilden. Mit der Frage, ob sich die Teilnahme an Weiterbildung für diese Gruppen überhaupt lohnt, befasste sich unter anderem ein Beitrag der IAB-Forscher Dr. Thomas Kruppe und Sarah Bernhard. Sie betrachteten SBG-II-Empfänger, die sich oft durch große Arbeitsmarktfarbe auszeichnen. Die Wissenschaftler analysierten die Effektivität von staatlichen Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik anhand eines Vergleichsgruppendesigns und kamen zu einem positiven Ergebnis, hier gemessen an der Wahrscheinlichkeit, eine nicht-subsventionierte Beschäftigung aufzunehmen und aus dem SBG-II-Bezug zu entkommen.

Dass Weiterbildung insgesamt aber bestehende Bildungsungleichheiten (bisher)



Keynote Speaker Prof. Peter Fredriksson vom Institute for Labour Market Policy Evaluation in Uppsala nahm das schwedische Bildungssystem in den Blick

eher nicht kompensieren kann, zeigten Felix Wolter und Dr. Jürgen Schiener (Universität Mainz). Dazu untersuchten sie die Erträge von Weiterbildung hinsichtlich der Einkommensentwicklung. Ihr Fazit: Die Einkommenserträge von Weiterbildung sind sehr gering und meist nicht signifikant. Der Selektionseffekt ist dafür jedoch sehr hoch: Viele Weiterbildungsteilnehmer hätten auch ohne diese eine positivere Lohnentwicklung gehabt als Nichtteilnehmer. Weiterbildung trägt daher auch kaum dazu bei, Bildungsungleichheiten zu nivellieren.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2009/educ2009.aspx>

20 Jahre Mauerfall – wo bleiben die blühenden Landschaften?

Es gibt sie schon, die blühenden Landschaften im Osten, aber es wird sie – genau wie im Westen – niemals flächendeckend geben. Auf diesen Nenner könnte man die Einschätzungen der drei hochkarätigen ökonomischen Experten bringen, die am 9. November 2009, dem 20. Jahrestag des Mauerfalls, im Historischen Rathausaal der

Stadt Nürnberg eine Art Zwischenbilanz zum Aufbau Ost zogen.

IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei zeichnete in seinem Eingangsreferat ein durchwachsendes Bild: Das reale Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland ist während der letzten 20 Jahre deutlich gestiegen, liegt aber immer noch nur bei gut 70 Prozent des Westniveaus. Auch bei Produktivität und

Lohnniveau besteht noch erheblicher Aufholbedarf. Der Niedriglohnsektor, so Walwei, sei wesentlich größer, die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch und zudem deutlich verfestigter als im Westen. Immerhin: Der Osten hat vom letzten Aufschwung deutlich profitiert. Erstmals seit der Wiedervereinigung haben die neuen Länder zwischen 2006 und 2008 einen Zuwachs der Erwerbstätigkeit



20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wurde bei den „Nürnberger Gesprächen“ eine Zwischenbilanz zum „Aufbau Ost“ gezogen

zu verzeichnen. Auch sind sie aufgrund ihrer geringeren Exportabhängigkeit weniger von der aktuellen Wirtschaftskrise betroffen als etwa Bayern und Baden-Württemberg, was sich freilich – so die einhellige Meinung der Experten – schnell wieder als Nachteil entpuppen kann, wenn die Weltkonjunktur wieder anspringt.

Auch bei der Frage des Moderators Sergej Lochthofen, Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen, ob die Politik zu viel versprochen habe und der marode Zustand der DDR-Wirtschaft unterschätzt worden sei, waren sich die Ökonomen einig. Es sei eine grobe Fehleinschätzung gewesen, dass sich die Kosten der Einheit aus den Zuwächsen der westdeutschen Wirtschaftskraft hätten finanzieren lassen. „Alle haben seinerzeit die Augen verschlossen“, befand Prof. Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Prof. Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erinnerte daran, dass die Tarifpartner im Jahr 1991 vereinbart hätten, die Ostlöhne bis 1994 auf Westniveau anzuheben – mit

der Folge, dass die Tariflandschaft im Osten partiell zusammengebrochen sei. Rein ökonomisch betrachtet sei auch die Währungsunion ein Fehler gewesen. Prof. Bert Rürup, ehemals Chef des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, machte aber auch deutlich: Realpolitisch gab es zur Währungsunion keine Alternative, da ansonsten ein Massensexodus gen Westen unvermeidlich gewesen wäre.

Keinen Zweifel ließen die Experten daran, dass angesichts der völlig maroden Infrastruktur in der DDR erhebliche Investitionen

in deren Wiederaufbau unvermeidbar waren. Mit Nachdruck sprach sich Rürup dagegen aus, nur auf die Kosten der Wiedervereinigung zu schielen: „Die deutsche Einheit war ein Geschenk, für das wir dankbar sein sollten!“

Ein Kernproblem der ostdeutschen Wirtschaft sehen die drei Ökonomen in der zu schmalen unternehmerischen Basis. Während Rürup darauf abhob, dass in den neuen Ländern der „Humus des Mittelstandes“ fehle, wies Ludwig darauf hin, dass es in Ostdeutschland praktisch keine Konzernzentralen gebe. Es sei allerdings verfehlt, nur „den Osten“ und „den Westen“ miteinander zu vergleichen. Denn die wirtschaftliche Leistungskraft sei sowohl im Westen als auch im Osten zunehmend heterogen. Dass dies auch für die Lebensverhältnisse gilt, machte Prof. Joachim Möller, Direktor des IAB, in seinem Impulsreferat deutlich. Besonders eklatant seien die regionalen Diskrepanzen beim Anteil der Hochschulabgänger. Möller zufolge deutet zudem einiges auf einen „Matthäus-Effekt“ hin, der dem im Grund-



IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei sieht noch erheblichen Aufholbedarf für Ostdeutschland



Sergej Lochthofen, Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen, moderierte



„Die Investitionen in den Aufbau Ost waren notwendig“, sagte Prof. Gert Wagner (DIW Berlin)



„Konzernzentralen fehlen im Osten fast völlig“, erklärte Prof. Udo Ludwig (IWH)

gesetz verankerten Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ zuwiderlaufe: Boomende Ballungszentren erhielten weiter Zulauf von Hochqualifizierten, die aus Regionen mit geringer Wirtschaftskraft abwanderten. Eine gesamtdeutsche Ausgleichspolitik, so Möller, wird uns daher weiterhin begleiten.

IAB-Forscher Dr. Johann Fuchs illustrierte in seinem Impulsreferat die demografiebedingten Probleme Ostdeutschlands anhand zweier Vergleichszahlen: Wurden 1989 noch 199.000 Kinder in Ostdeutschland geboren, waren es 1994 nur noch 79.000. Dies mag erklären, warum heute ostdeutsche Firmen erstmals seit 20 Jahren Lehrlinge suchten, wie Moderator Sergej Lochthofen berichtete. Verschärft wird das Problem fehlender Nachwuchskräfte im Osten durch den Weg-

zug potenzieller Mütter und Väter, nach wie vor 50.000 pro Jahr. Und es sind vor allem Hochqualifizierte und junge Frauen, die es in den Westen zieht. In manchen ostdeutschen Landstrichen hat sich so ein erheblicher Überschuss an jungen, gering qualifizierten Männern aufgebaut, deren berufliche und private Perspektivlosigkeit sich zunehmend als sozialer Sprengsatz erweist. Allein bis zum Jahr 2025, so Fuchs, wird die Zahl der erwerbsfähigen Personen im Osten gegenüber 2008 um ein Fünftel, etwa zwei Millionen Personen, schrumpfen.

Ist es also ausgemachte Sache, dass einigen Ostregionen nichts anderes bleibt, als zu „Erholungsparks und Spaßbädern“ zu werden, wie Lochthofen provozierend fragte? Jede Region, so Ludwig, müsse sich auf

ihre Stärken, beispielsweise im Tourismus, besinnen. Rürup empfahl jungen Leuten an den besser ausgestatteten und geringer ausgelasteten ostdeutschen Hochschulen zu studieren. Im Dunstkreis dieser Hochschulen könnten dann neue Firmen entstehen und damit jener Mittelstand, der im Osten noch zu schwach entwickelt ist.

Nürnberg's Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly sprach sich in seinem Schlusswort mit Nachdruck dagegen aus, sich vom Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verabschieden. Es müsse weiterhin der Maßstab unseres Handelns bleiben. Auch denjenigen, welche die Einheit allein unter Kosten- und Renditegesichtspunkten betrachteten, erteilte Maly eine Absage. Lakonisch stellte er fest: „Es war Liebe.“



Dr. Johann Fuchs (IAB) sprach über die demografiebedingten Probleme in Ostdeutschland



„Gleiche Lebensverhältnisse müssen das Ziel bleiben“, forderte Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



Prof. Bert Rürup hält die Währungsunion für alternativlos

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2009/nuernberggespraeche_2-2009.aspx

Bewährungsprobe: Arbeitsmarkt in Krisenzeiten

„Bewährungsprobe: Arbeitsmarkt in Krisenzeiten“ war die gemeinsame Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll und des IAB am 11. und 12. November 2009 in Bad Boll überschrieben. Sie folgte dem bewährten Konzept, einen Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis zu ermöglichen.

Thematisch ging es um die neuen Herausforderungen, die sich für die Arbeitsmarktpolitik in der Krise stellen. Im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen Wissenschaft und Praxis standen folgende Fragen: Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen zu bewerten? Was kann, was muss die Arbeitsmarktpolitik angesichts der Wirtschaftskrise leisten? Und welche Anregungen und Erfahrungen gibt es aus anderen europäischen Ländern?

In den Einführungsvorträgen von Dr. Ulrich Walwei, Vizedirektor des IAB, und Prof. Werner Sesselmeier, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Koblenz/Landau, wurden die Gründe analysiert, warum der

Arbeitsmarkt der Bundesrepublik bislang von den gravierendsten Folgen der Krise verschont geblieben ist. In vier Workshops diskutierten die Teilnehmer unterschiedliche Felder der Arbeitsmarktpolitik: Qualifizierung, individuelle Betreuung, Maßnahmen der Beschäftigungssicherung und öffentlich geförderte Beschäftigung. In einem weiteren Plenumsvortrag plädierte Dr. Susanne Koch (IAB) dafür, auch in der Krise am Aktivierungsparadigma festzuhalten. Diese müsse jedoch umfassend interpretiert werden: nicht nur Druck und Zwang, sondern individuelle Hilfe durch passgenaue Angebote.



Tagungsgebäude der Evangelischen Akademie Bad Boll

Zum Abschluss zogen zwei Teilnehmer ein praxisorientiertes und ein wissenschaftliches Resümee der Veranstaltung. Hansjörg Böhringer von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Arbeit, kommentierte die Tagung aus der Sicht von Maßnahmeträgern und forderte eine Flexibilisierung der Instrumente und eine regionale Ausgestaltung von Arbeitsmarktpolitik. Werner Sesselmeier beschloss die Diskussion mit dem Fazit: Die Arbeitsmarktpolitik hat sich bewährt; sie steht aber angesichts der Herausforderungen durch die Krise weiterhin vor großen Bewährungsproben.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2009/bad-boll-2009/tagungsbericht.aspx>

Räumliche Dimensionen des Arbeitsmarktes

Die räumlichen Dimensionen des Arbeitsmarktes waren Thema eines gemeinsamen Workshops des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und des IAB.

Die Einführung hielten IAB-Direktor Prof. Joachim Möller und Jun.-Prof. Dr. Melanie Arntz vom Zentrum für Europäische Wirt-

schaftsforschung (ZEW), die den gemeinsamen Workshop ins Leben gerufen hatten. Die Veranstaltung, die am 23. und 24. November 2009 im ZEW in Mannheim stattfand, bot den insgesamt 22 Teilnehmern verschiedener Fachdisziplinen die Gelegenheit zum intensiven wissenschaftlichen Austausch. Geografen, Arbeitsmarkt- und Regionalöko-

nomen diskutierten aktuelle Fragestellungen wie Unterschiede im ökonomischen Erfolg von Regionen, regionale Mobilität und städtische Räume. Keynote Speaker Prof. Gianmarco Ottaviano von der Universität Bocconi (Italien) referierte über den Zusammenhang von Einwanderung, kultureller Vielfalt und ökonomischem Erfolg.

Fünf Jahre Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Einführung der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige ist die umfassendste Sozialreform der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit dem SGB II hat der Gesetzgeber Leistungen an bedürftige Personen neu konzipiert und der Beendigung der Hilfebedürftigkeit durch Erwerbstätigkeit den Vorrang vor einer reinen Alimentierung gegeben. Das SGB II ist nun fünf Jahre alt – Zeit für eine Bilanz aus Sicht der Forschung.

In dem Workshop „Fünf Jahre Grundsicherung für Arbeitsuchende“, der am 15. Dezember 2009 in Berlin stattfand, wurden die neuesten Befunde präsentiert und mit Ergebnissen aus einem halben Jahrzehnt SGB-II-Forschung verknüpft. Teilnehmer aus

Praxis, Politik und Wissenschaft bekamen die Gelegenheit, über all diese Fragen mit den Forscherinnen und Forschern des IAB zu debattieren.

Eine vorsichtig positive Gesamtbewertung der Reform gab IAB-Direktor Prof. Joachim Möller. Im Folgenden berichtete Helmut Rudolph über die generelle Entwicklung der Strukturen im SGB II. Dr. Mark Trappmann referierte neue Ergebnisse zur Frage, wer den Absprung aus der Grundsicherung schafft und wo diejenigen landen, denen dies gelingt. Brigitte Schels analysierte die Situation junger Erwachsener und gab Hinweise, wie sich womöglich ein Langzeitbezug schon im Ansatz verhindern lässt. Dr. Joachim Wolff stellte Ergebnisse zu den Wirkungen von Zusatzjobs und Trainingsmaßnahmen für diese

Klientel vor. Abschließend zog Dr. Jens Regg, in der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg zuständig für die Grundsicherung, ein Resümee für die Praxis.

Die Veranstaltung traf auf großes Interesse insbesondere bei Praktikern, aber auch bei Wissenschaftlern aus der Arbeitsmarktforschung. Die Diskussion lässt sich gut mit den Kernaussagen von Joachim Möller zusammenfassen: Der Arbeitsmarkt profitiert von der Reform, die Hilfebedürftigen profitieren auch, aber noch nicht genug. Insbesondere die individuelle, passgenaue Betreuung bildet nach wie vor eine große Schwachstelle der Reform. Jens Regg leitete hieraus die Forderung nach einer neuen Förderkultur ab, die sich stärker als bisher auf die individuellen Problemlagen der Betroffenen konzentriert.



Auf großes Interesse stieß die Pressekonferenz des IAB mit Prof. Joachim Möller, Dr. Ulrich Walwei, Dr. Mark Trappmann und Pressesprecher Wolfgang Braun im Tagungszentrum des Hauses der Bundespressekonzferenz in Berlin (v.l.n.r.)

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2009/grundsicherung-2009.aspx>

Alter, Altern, Arbeit – Folgen für Individuum und Institution



Auf dem Podium: IAB-Direktor Prof. Joachim Möller, Prof. Ursula Staudinger und Prof. Klaus Schoemann (Jacobs Center on Lifelong Learning), Prof. Thusnelda Tivig (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels) und IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei (v.l.n.r.)

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten schrumpfen und altern. Die Folgen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt, die Bildungs- und Sozialversicherungssysteme sind gravierend. Sie müssen aber keineswegs zu einer krisenhaften Entwicklung führen, wenn es gelingt, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die notwendigen Veränderungen zu sensibilisieren.

Es gilt, rechtzeitig umzusteuern und den Wandel aktiv zu begleiten. Hierzu gehört, das Arbeitsleben so zu gestalten, dass Menschen länger als bisher in Beschäftigung bleiben. Zudem sind traditionelle Vorstellungen über die Strukturierung der Lebenszeit zu überdenken und eine einseitig negative Sicht auf das Alter abzubauen. Dies waren die Leitgedanken des interdisziplinär angelegten Workshops „Alter, Altern, Arbeit – Folgen für

Individuum und Institution“, den das IAB am 26. und 27. April 2010 gemeinsam mit dem Center on Lifelong Learning der Jacobs University Bremen ausrichtete. Damit sollte außerdem die Basis für ein interdisziplinäres Forschungsnetzwerk gelegt werden.

Neben Vorträgen von Ökonomen und Soziologen waren Beiträge aus der Psychologie, der Biologie, der Neuropsychologie und den Arbeitswissenschaften vertreten. Prof. Joachim Möller, Direktor des IAB, und Prof. Ursula Staudinger, Entwicklungspsychologin und Gründungsdekanin des Jacobs Center on Lifelong Learning and Institutional Development, führten mit zwei Impulsreferaten in die Veranstaltung ein. Anschließend wurden fünf ausgewählte thematische Schwerpunkte eingehender behandelt.

Die drei IAB-Referenten Dr. Martin Dietz, Prof. Lutz Bellmann und Martina Huber setzten sich mit dem Thema „Ältere

am Arbeitsmarkt“ auseinander. Dr. Benjamin Godde, Prof. Klaus Schömann und Prof. Sven Voelpel vom Jacobs Center on Lifelong Learning griffen das Thema „Produktives Altern“ auf. Die drei Ökonomen Prof. Thusnelda Tivig, Matthias Czechl und Golo Henseke vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels befassten sich mit der Erwerbstätigkeit in alternden Gesellschaften.

Um Gesundheit und Erwerbstätigkeit ging es in den Vorträgen von Mathis Schröder, Dr. Stefan Listl und Prof. Axel Börsch-Supan, die am Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing forschen. Prof. Michael Falkenstein und Prof. Herbert Heuer vom Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund sowie Prof. Thomas Zwick von der Ludwig-Maximilians-Universität München beleuchteten schließlich das Thema „Alter und Arbeit“ aus arbeitswissenschaftlicher Sicht.

In zwei abschließenden Statements fassten IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei und Prof. Michael Falkenstein die Ergebnisse des Workshops zusammen und zeigten Ansatzpunkte für weiteren Forschungsbedarf auf. Drei Kernthemen, so Walwei, hätten sich im Laufe der Tagung herauskristallisiert: die demografische Entwicklung, die Beschäftigung Älterer und institutionelle Fragen.

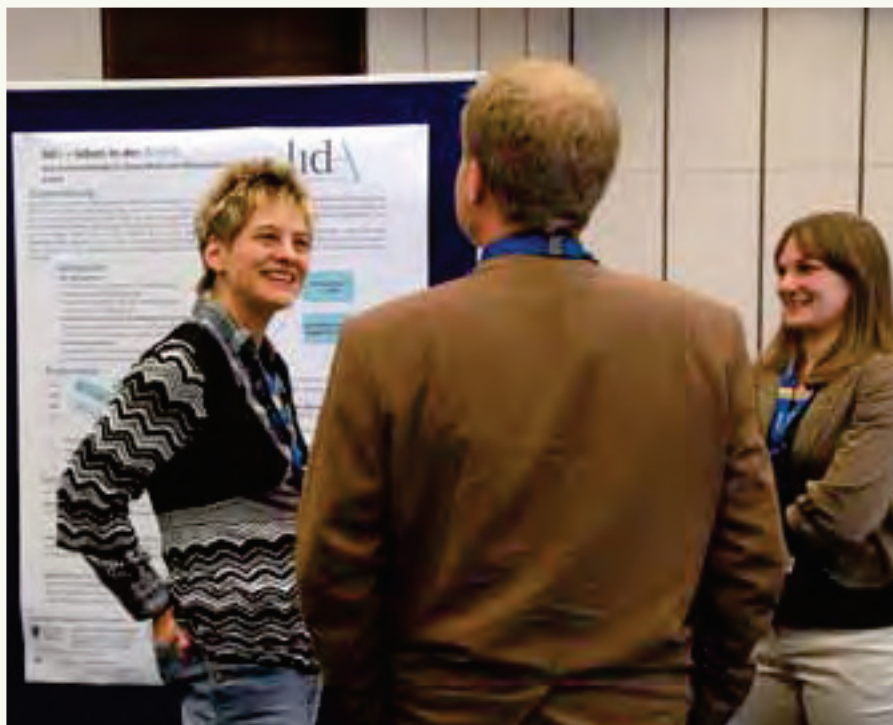
Demografisch gesehen sei Deutschland nicht nur eine der ältesten Nationen der EU und der Welt, so Walwei, sondern auch durch eine starke regionale Heterogenität gekennzeichnet – insbesondere, was die künftige Entwicklung anbelangt. Der demografische

Wandel birgt neben Problemen jedoch auch positive Aspekte. Denn die Zahl der gesunden Jahre wird dank der Verlangsamung des biologischen Alterns weiter zunehmen. Walwei verwies zudem auf die vielfältigen Interventionsmöglichkeiten, etwa in den Bereichen Bildung und Ernährung, um den individuellen Alterungsprozess zu verzögern.

Die Beschäftigung Älterer ist für Walwei eine zentrale Stellschraube, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Als problematisch erweist sich dabei, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen nach wie vor zu wenig in die Weiterbildung ihrer älteren Beschäftigten investieren.

Im Hinblick auf institutionelle Fragen sprach sich Walwei dagegen aus, Reformen wie die „Rente mit 67“ oder die Abschaffung der Altersteilzeit zurückzunehmen, denn diese hätten eine positive Wirkung auf die Beschäftigung Älterer. Zu prüfen sei aber, welche Rolle hier die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne spielen könne und wie der Übergang in den Ruhestand flexibler als bisher gestaltet werden könne.

Parallel zum Workshop präsentierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Forschungseinrichtungen im Rahmen einer Postersession einschlägige Forschungsprojekte.



Dr. Christina Wübbecke (li.) und Anita Tisch vom IAB stellen bei der Postersession die Kohortenstudie zu Gesundheit und Alterwerden in der Arbeit vor



Prof. Ursula Staudinger ist Entwicklungspsychologin und Gründungsdekanin des Jacobs Center on Lifelong Learning and Institutional Development

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/alter_2010.aspx

Konjunktur, Krisen und Arbeitsmarkt. Institutionen als Schutzschirm für Beschäftigung?

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Volkswirtschaften unterschiedlich stark getroffen. Weitaus stärker variiert jedoch das Ausmaß, mit dem sich die Krise bisher auf die nationalen Arbeitsmärkte ausgewirkt hat. Dies könnte (auch) an den unterschiedlichen Arbeitsmarktinstitutionen liegen.

Die Zusammenhänge zwischen Institutionen – nicht nur des Arbeitsmarktes – und der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten waren Thema der 73. wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Institute e.V. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das IAB als Organisatoren luden dazu für den 29. April 2010 nach Berlin ein. Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaftsverbänden beschäftigten sich mit der Frage, ob und wie Institutionen als „Schutzschirm“ für Beschäftigung dienen können.

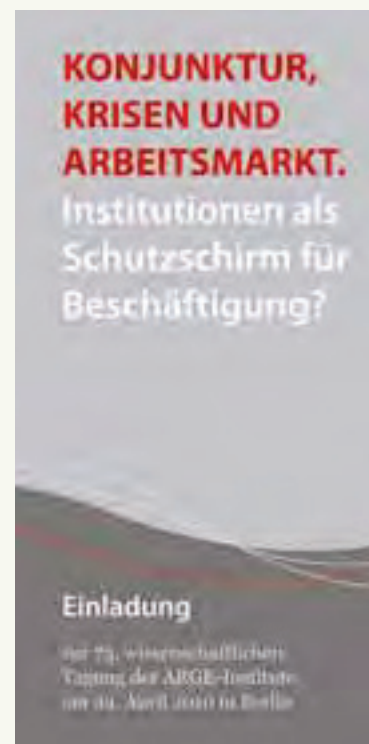
Obwohl die Krise Deutschland wesentlich stärker getroffen hat als andere Länder, ist die Arbeitslosigkeit hierzulande am geringsten von allen OECD-Ländern gestiegen. Kurzarbeit allein erkläre dieses „deutsche Jobwunder“ nicht, sagte IAB-Direktor Prof. Joachim Möller in seiner Einführung. Er verwies darauf, dass die internen Pufferkapazitäten der Betriebe stark gestiegen seien, und sprach unter anderem die funktionierende Sozialpartnerschaft und die verbesserten institutionellen Rahmenbedingungen – auch durch Arbeitsmarktreformen – an. Viele Unternehmen hätten angesichts eines drohenden zukünftigen Fachkräftemangels Arbeitskräfte „gehortet“. Die damit verbundene

sinkende Produktivität führe allerdings zu Kostensteigerungen und geringerer Rentabilität, wies Möller auf die Kehrseite des Arbeitskräftehortens hin. Dazu gehört auch die Unterauslastung des Arbeitskräftepotenzials, das im Aufschwung reaktiviert werde. Möller erwartet daher eine Phase beschäftigungslosen bzw. beschäftigungsarmen Wachstums.

Die Krisenreaktion europäischer Arbeitsmärkte verglichen Werner Eichhorst vom Institut zur Zukunft der Arbeit und Michael Feil vom IAB. Danach zeigen stark regulierte Arbeitsmärkte bis dato eine recht große Stabilität: Dort dominieren innerbetriebliche Flexibilität und flankierend Kurzarbeit. Gleichzeitig gingen jedoch in allen Ländern Arbeitsplätze verloren, verwiesen die Forscher auf befristete Jobs und Zeitarbeit. Interne Flexibilität sei zwar kurzfristig geeignet, die Arbeitslosigkeit gering zu halten und qualifizierte Arbeitskräfte zu halten. Ab einem bestimmten Zeitpunkt werde struktureller Wandel und externe Mobilität aber unvermeidbar, sagten die Wissenschaftler. Es zeichne sich ein Zielkonflikt zwischen dem kurzfristigen Erhalt



Dr. Bernhard Heitzer ist seit November 2009 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Zuvor war er Präsident des Bundeskartellamtes (Foto: BMWi)



von Jobs und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ab. Länder mit einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit würden möglicherweise auch beim Beschäftigungsaufbau schneller reagieren.

Mit dem Thema „Arbeitskräftehorten als Schutzschirm in der Krise“ befassten sich IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei, Dr. Martin Dietz und Michael Stops. Sie konnten aufgrund der derzeit zur Verfügung stehenden Daten allerdings nur die Rezession 2002/2003 betrachten. Nach den vorläufigen Befunden der drei IAB-Wissenschaftler gibt es Indizien für ein Arbeitskräftehorten auf dem deutschen Arbeitsmarkt im wirtschaftlichen Abschwung. Im Jahr 2003 sei dies allerdings eher von kleineren Betrieben und dem tertiären Sektor betrieben worden. Die Untersuchung wird mit Daten zur aktuellen Wirtschaftskrise aus dem IAB-Betriebspanel 2009 und 2010 fortgeführt.

Über Arbeitsmarktflexibilität als Impuls für Wachstum und Beschäftigung sprach Dr. Bernhard Heitzer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, in seinem Gastvortrag. Nachdem der deutsche Arbeitsmarkt bis vor wenigen Jahren für Negativschlagzeilen gesorgt habe, erzeuge die Entwicklung hierzulande nun weltweit positive Aufmerksamkeit, sagte Heitzer und bescheinigte dem deutschen Arbeitsmarkt „endlich, nach Jahren der Erstarrung, die gewünschte und sehr erfolgreiche Flexibilität“. Welchen Einfluss die Neujustierung der institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen habe, zeige sich zum Beispiel an den gestiegenen Beschäftigungsquoten für Ältere, Jugendliche und Frauen.

Beschäftigungspolitische Flexibilisierungsmaßnahmen hätten mehr Freiheit für betriebliche Lösungen geschaffen. Heitzer sprach zudem die größere beschäftigungspolitische Verantwortung der Tarifparteien und

die Stärkung der Arbeitsanreize auf der individuellen Ebene an. Flexible Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit, die als „Schutzschild für normale Arbeitsverhältnisse“ gewirkt habe, und Teilzeitarbeit sowie Befristungen hätten für mehr Dynamik auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Sie seien zwar atypisch, aber vielfach nicht prekär, erklärte der Staatssekretär. Schließlich sei der Arbeitsmarkt in der Krise durch gezielte Maßnahmen, wie die bis März 2012 verlängerte Kurzarbeit, gestärkt worden.

Heitzer wandte sich gegen einheitliche, flächendeckende Mindestlöhne und kündigte zudem für das nächste Jahr eine Evaluation der branchenspezifischen Mindestlöhne an. Anschließend solle über deren Fortdauer entschieden werden.

Damit Arbeitslose schneller einen Job fänden, sei eine effiziente Arbeitsförderung und -vermittlung erforderlich, so Heitzer. Mit dem Umbau der Bundesagentur für

Arbeit (BA) sei in den letzten Jahren schon vieles erreicht worden. Die Neuorganisation der Jobcenter biete ebenfalls Chancen, die Eingliederung der Arbeitslosen zu erhöhen. Heitzer regte außerdem eine Schuldenbremse auch für die BA an, um die Eigenverantwortung der Bundesagentur für eine sparsame und schonende Ausgabenpolitik zu erhöhen.

Die Bundesregierung werde noch in diesem Jahr eine Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vornehmen und 2011 entscheiden, ob sie weitergeführt werden, sagte der Staatssekretär. Er sprach sich außerdem für eine Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten aus: „Sie müssen eine echte Brücke in Vollzeitbeschäftigung sein.“ Von der bisherigen Begünstigung der Minijobs seien keine Impulse für das Ausscheiden aus dem Transferbezug zu erwarten. Gleichzeitig müsse jedoch das Lohnabstandsgebot beachtet werden, betonte der Staatssekretär.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/arge2010.aspx>

4. Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg

„Alles für den Menschen“ lautete das Motto des 4. Wissenschaftstags der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN). Mehr als 850 Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung diskutierten am 30. April 2010 in Bamberg über Stärken und Potenziale der Vernetzung in der EMN. Sie ist mit rund 3,5 Millionen Einwohnern und 150.000 Unternehmen Motor unterschiedlich-

ter Entwicklungen. Dies gilt in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht ebenso wie auf kultureller, wirtschaftlicher und technologischer Ebene.

In einem von vier Fachpanels gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den entscheidenden Faktoren für eine gute Bildung nach. Denn nach dem PISA-Schock und den Prognosen zum Fachkräftemangel stehen die Bildungsinstitutionen in der öffentlichen



Bei der Ausstellung der wichtigsten Wissenschaftseinrichtungen der Metropolregion war das IAB mit Forscherin Nicole Litzel vertreten

Diskussion. Prof. Thorsten Schneider von der Universität Bamberg stellte die Grundzüge und Potenziale der neuen Längsschnittstudie „Nationales Bildungspanel“ (NEPS) vor: Ein interdisziplinäres Exzellenznetzwerk, dem auch das IAB angehört, untersucht Bildungsprozesse und Kompetenzentwicklung von der frühen Kindheit an bis ins hohe Erwachsenenalter.

IAB-Forscherin und NEPS-Mitarbeiterin Dr. Corinna Kleinert zeigte in ihrem Vortrag aktuelle und künftige Chancen und Risiken im Übergang von der Schule in den Beruf auf. Während die Schulabgänger immer höher gebildet sind, zeichnet sich der Ausbildungsbereich durch hohe Konstanz aus. So beträgt beispielsweise der Anteil der dualen

Ausbildung bei den 30 bis 64-Jährigen in allen Altersgruppen über 50 Prozent. Für alle Schulabgänger, ob mit Hauptschulabschluss, mittlerem Schulabschluss oder (Fach-)Hochschulreife, sei das duale System „ein umkämpfter Markt“, sagte Kleinert.

Wenn der Übergang in Ausbildung gelänge, seien die Zukunftsaussichten noch immer (relativ) gut, erklärte Kleinert: Rund zwei Drittel der Ausbildungsabsolventen werden vom Ausbildungsbetrieb übernommen, nur der geringste Teil ist mehr als drei Monate arbeitslos. Abschlüsse im dualen System haben zudem einen hohen Wert auch über den erlernten Beruf hinaus. Die demografische Entwicklung lässt außerdem auf Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt hoffen.

Gleichwohl benötige das duale System mehr Durchlässigkeit nach oben und mehr Allgemeinbildung in der Berufsschule, um flexibel genug für künftige Anforderungen des Arbeitsmarktes zu sein, betonte Kleinert. Als Beispiel nannte sie das duale Abitur in der Schweiz und in Österreich. Um eine Zunahme des qualitativen Mismatches zu vermeiden, seien eine bessere Schulbildung, frühzeitige Berufsvorbereitung, eine kontinuierliche Begleitung des Übergangs sowie Alternativen zur jetzigen betrieblichen Ausbildung erforderlich.



Beim anschließenden Empfang der EMN drängten sich Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Bildung (Fotos: kulturidee, Ronald Rinkler)

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2010/wissenschaftstag_2010.aspx